

Gemeinsame Pressemitteilung vom 11. April 2024

Seite 1/2

Gemeinsame Verbände-PM: Kosten für Abwasserreinigung müssen gerechter verteilt werden

Das EU-Parlament hat am 10.04.2024 für die Annahme der überarbeiteten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser gestimmt. Ihr zufolge sollen sich die EU-Länder die Einrichtung und den Betrieb einer vierten Reinigungsstufe in Kläranlagen größtenteils von der Pharmaindustrie bezahlen lassen. Nach Schätzungen liegen die Kosten dafür allein in Deutschland bei mehr als 36 Milliarden Euro in den nächsten 30 Jahren. Diese Belastung ist aus Sicht der deutschen Verbände der Pharmaindustrie BAH, BPI, Pro Generika und vfa in unfaier Weise einseitig und konterkariert die mit der Pharmastrategie angegangene Standortpolitik. Wenn die Richtlinie in Deutschland nach der Annahme durch den Rat der Europäischen Union und der endgültigen Verabschiedung national implementiert wird, sollte daher dafür gesorgt werden, die Kosten gerechter zu verteilen.

Die pharmazeutische Industrie unterstützt den Green Deal und das Ziel, Umwelt und Menschen zu schützen. Jedoch muss die Aufteilung der damit verbundenen Belastungen nachvollziehbar sein. Die Pharmaverbände begrüßen, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der Trilogverhandlungen erfolgreich für die Option einer nationalen öffentlichen Kofinanzierung von 20 Prozent für die Modernisierung der kommunalen Kläranlagen eingesetzt hat. Auch so bleibt die Verteilung jedoch unausgewogen, sollen doch die verbliebenen Kosten ausschließlich bei Herstellern von

Humanarzneimitteln und Kosmetika eingetrieben werden. Dabei stammen die zu entfernenden Verunreinigungen auch aus anderen Bereichen, etwa aus Pflanzenschutz- oder Reinigungsmitteln oder aus dem Verkehr. Und die Arzneistoffe gelangen größtenteils nicht durch die Hersteller ins Wasser, sondern durch die Ausscheidungen von Patient:innen, die auf die Medikamente angewiesen sind. Die medizinische Versorgung ist jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die dementsprechend auch finanziell gesellschaftlich mitgetragen werden muss.

Die anstehende nationale Implementierung der Richtlinie bis 2026 sollte all das berücksichtigen und den in der Richtlinie eröffneten Spielraum dazu nutzen, die Kosten besser zu verteilen.

Rückschritt für die Versorgungs- und Wirtschaftspolitik

Die Politik bleibt widersprüchlich: Sowohl die EU als auch die Bundesregierung bekunden, die Pharmaindustrie in der EU bzw. hierzulande stärken und die Arzneimittelverfügbarkeit verbessern zu wollen – für Versorgungssicherheit und wirtschaftliches Wachstum. Der von der novellierten Kommunalabwasser-Richtlinie ausgehende Kostendruck droht aber, genau das Gegenteil zu bewirken, können doch Arzneimittelhersteller zumeist Kosten nicht an die Abnehmer weitergeben. Und da Generika-Hersteller rund 80 Prozent der Arzneimittel liefern, werden gerade sie besonders belastet, obwohl sie in einem Marktsegment mit besonders engem finanziellen Spielraum operieren.

Der vfa ist der Verband der forschenden Pharma-Unternehmen in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 48 weltweit führenden Herstellern und ihren über 100 Tochter- und Schwesterfirmen in der Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik. Die Mitglieder des vfa repräsentieren rund zwei Drittel des gesamten deutschen Arzneimittelmarktes und beschäftigen in Deutschland rund 102.000 Mitarbeiter:innen. Rund 21.000 davon arbeiten in Forschung und Entwicklung.

Folgen Sie uns auf unseren Social Media Kanälen:

[LinkedIn](#)

[Instagram](#)

[X \(ehemals Twitter\)](#)

[Bluesky](#)

Seite 2/2

Gemeinsame
Pressemitteilung
vom 11. April 2024